

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (022 21) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt erinnert
an Lauritz Lauritzen:
Mann der ersten Stunde.
Seite 1/2

Hans-Jürgen Wischnewski
zur Dokumentation "Lei-
stungen für Deutschland":
Wir haben viel erreicht.
Seite 3/4

Dieter Spöri gibt zehn
finanz- und wirtschafts-
politische Kostproben
aus dem Strauß-Wahlpro-
gramm: Die Unionsmann-
schaft ist nicht regie-
rungsfähig.
Seite 5/6

Bruno Friedrich kriti-
siert Frank-Reichs Staats-
präsident: Europa ist
mehr als ein Agrarmarkt.
Seite 7

Klaus von Dohnanyi un-
terstreicht das vitale
Interesse an einem
Großbritannien, das der
EG angehört: Eine Chance
für Europa.
Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 106

6. Juni 1980

Mann der ersten Stunde

Erinnerung an Dr. Lauritz Lauritzen

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Du bist - damals 1929, als Du Dein Abitur gemacht hattest - jung in die Partei gekommen. Und 1945 standest Du unserer gemeinsamen Sache sofort wieder zur Verfügung, als "Mann der ersten Stunde", wie es so schön heißt. Was Du dann in Kiel und Hannover und vor allem seitdem geleistet hast, läßt sich in nüchternen Worten gar nicht so leicht zusammenfassen:

- Als Oberbürgermeister hast Du für ein modernes, großzügig angelegtes Kassel gesorgt (und der Stadt im Kunstgeschehen zu Weltruf verholfen),
- als hessischer Minister hast Du Dich auf vielen Gebieten, so auch um die Pressefreiheit, verdient gemacht,
- als Bundesminister hast Du einen wesentlichen Abschnitt neuer deutscher Politik mitgestaltet.

Ich glaube, die Vorgeschichte ist noch nirgends richtig dargestellt worden: Lauritz Lauritzen hatte mir auf seine stille, sachliche Art damit geholfen, für den Fall, daß wir im Bund Regierungsverantwortung zu übernehmen hätten, eine gewisse Personalübersicht zur Verfügung zu haben. Dies war der Grund, weshalb er an Erörterungen im kleinsten Kreis teilnahm, die Ende 1966 stattfanden, während mit Herrn Kiesinger über die Große Koalition verhandelt wurde. Und als klar war, welche Ressorts wir zu übernehmen haben würden, habe ich Lauritz gefragt, ob er dies nicht durch sein eigenes Engagement voll mittragen wolle. Unser gemeinsamer Freund Georg-August Zinn war etwas ungehalten, weil wir ihn erst am nächsten Tag unterrichten konnten. Der Unmut hat sich rasch verzogen.



Und die Idee, Lauritz zum Wohnungsbauminister zu machen (und sich auf unserer Seite als Anlaufstelle für Kommunalpolitiker bereitzuhalten!), hat sich als in hohem Maße glücklich erwiesen. Ich denke jetzt nicht nur an das Ressort, so wichtig es ist. Auch nicht nur an das Städtebauförderungsgesetz, das Weichen gestellt hat und auf das wir miteinander stolz waren und sein können.

Ich denke noch mehr an die ressort-überwältigende gemeinsame Verantwortung, an den Aufbruchgeist und die überwiegend guten menschlichen Beziehungen vom Herbst 69 bis Ende 72. Lauritz hat durch sein ausgleichendes Wesen und seine fröhliche Kameradschaft viel dazu beigetragen, daß wir über allerlei Schwierigkeiten hinwegkamen.

In dem kritischen Frühsommer '72 hat er mir den Gefallen getan, das bekannte Doppelressort zusätzlich zu seinem eigenen zu übernehmen, und er hat dann nach der 72-er Wahl die Verantwortung für die Verkehrspolitik behalten.

Das war in Teilen kein dankbares Terrain. Es hat dann auch an überzogener Kritik und böartigen Vorwürfen nicht gefehlt. Vielleicht verdient zweierlei festgehalten zu werden:

- Die Auseinandersetzung mit den Fluglotsen kann auf Abstand nicht mehr so gesehen werden, wie dies damals häufig geschah - die einseitige Zuweisung von Verantwortlichkeiten hält einer objektiven Prüfung nicht stand.
- Das andere: wer - wie Lauritzen vor sechs Jahren - soviel nicht nur taktisches Ge- rede, sondern auch aggressiv-dümmliche Parole hat anhören müssen, der könnte heute, ohne Rechthaberei, auf seinen damaligen Rat zurückgreifen, und der laute: "Um eine vernünftige Geschwindigkeitspolitik kommen wir nicht herum."

(-/6.6.1980/vo-he/ca)

(Diese Würdigung hat Willy Brandt am 22. Januar zum 70. Geburtstag Lauritz Lauritzens gesprochen.)

+

+

+



Wir haben viel erreicht

Zur Dokumentation "Leistungen für Deutschland"

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

I.

Die SPD legt ergänzend zum Wahlprogramm 1980 eine Dokumentation "Leistungen für Deutschland" vor. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die wesentlichen Leistungen und Erfolge, die die SPD in der Regierungsverantwortung seit 1966 insbesondere aber als führende Kraft in der sozialliberalen Koalition erzielt hat. Die Leistungsbilanz orientiert sich an der inhaltlichen Gliederung des Wahlprogramms 1980. Sie weist so aus, was die SPD in den vergangenen Jahren getan hat,

- um den äußeren Frieden zu sichern,
- um Wirtschaft, Energieversorgung, Arbeitsplätze und Umweltschutz zu fördern,
- um den sozialen Frieden zu festigen und zu erhalten,
- um zukunfts-gestaltende Reformen in Staat und Gesellschaft zu verwirklichen.

II.

Die Leistungsbilanz macht die drei wesentlichen Ansätze der sozialdemokratischen Politik seit 1966 noch einmal deutlich:

1. Der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns zu bewähren haben.
2. Nur eine Politik der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit bringt jedem Bürger - und nicht nur den Privilegierten - wirkliche Freiheit. Zur Freiheit gehört das Frei-sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Angst - gehört die soziale Si-cherheit. Allein dadurch kann der innere Friede gewahrt bleiben.
3. Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten, muß heute für die notwendigen Reformen in Staat und Gesellschaft kämpfen. Nur die schrittweise Er-neuerung unter Erhaltung des Bewährten befähigt unser Gemeinwesen, auch mit schwie-rigen Problemen fertig zu werden.

Aus der Dokumentation soll hervorgehoben werden:

- Der Friede in Europa ist in den vergangenen zehn Jahren sicherer geworden. Wir haben in der Zeit unserer Regierungsverantwortung neue Freunde in der Welt gewonnen. Unser Ansehen ist gewachsen. Wir haben die Freundschaft mit den westlichen Völkern ergänzt durch wichtige Schritte zur Normalisierung mit den östlichen Nachbarn. Wir haben Er-leichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands durchgesetzt - gegen den erbitterten Widerstand der Opposition.
- Wir haben den sozialen Frieden in unserem Land gefestigt. Wir haben durch unsere in-ternational abgestimmte Wirtschaftspolitik bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Deshalb sind wir mit der Weltwirtschaftskrise seit 1973 besser fertig geworden als andere.
- Selbst in dieser Zeit haben wir das Netz der sozialen Sicherheit dichter geknüpft. Millionen Menschen nutzen zum Beispiel die flexible Altersgrenze. Bei Krankheit braucht niemand mehr um seine materielle Sicherheit zu bangen.
- Wir haben die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften ausgebaut.
- Unsere D-Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt. Obwohl allein der Ölpreis seit Anfang der 70er Jahre auf das 15fache gestiegen ist, haben wir die internationa-



Die Inflation erfolgreich abgewehrt. Die Preise sind bei uns stabiler als in allen vergleichbaren Ländern.

- Trotz der weltwirtschaftlichen Belastungen wurden in den letzten beiden Jahren eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen. Der Lebensstandard der breiten Schichten ist erheblich gesteigert worden. Die Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten sind von 1969 bis 1979 real, also nach Abzug der Preissteigerungen, um 35 Prozent gewachsen. In der gleichen Zeit stiegen die Renten real um 45 Prozent.
- Das alles war Folge einer vorausschauenden Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Mit mehreren Konjunkturprogrammen haben wir seit 1975 mehr als 35 Milliarden DM in die Zukunft unseres Landes investiert.
- Andere wichtige Zukunftsaufgaben wie zum Beispiel das Energiesparen haben wir damit zugleich angepackt: Mit 4,35 Milliarden DM wurden heizenergiesparende Maßnahmen in Gebäuden gefördert.
- Die SPD hat das Wohnen und Leben in unseren Städten und Gemeinden menschlicher gemacht. Mehr Wohngeld, Mieterschutz, Modernisierung, Stadterneuerung, Fußgängerzonen sind dafür Stichworte. Seit 1969 wurden rund 1,5 Millionen öffentlich geförderte Sozialwohnungen gebaut, die Zahl der Wohnungen insgesamt stieg in dieser Zeit um circa fünf Millionen.
- Die Bildungsangebote für die junge Generation wurde verbessert. Allein in den letzten vier Jahren konnten die Ausbildungsplätze in der beruflichen Bildung um rund ein Drittel auf fast 700.000 vermehrt werden. Der numerus clausus an den Hochschulen wurde abgebaut.
- Die SPD hat mit dem Umweltschutz ernst gemacht. Zahlreiche Gesetze treffen Vorsorge für bessere Luft, saubereres Wasser und weniger Lärm. Wir haben erreicht, daß seit 1970 über 120 Milliarden DM von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben wurden.
- Wir haben die Lage der Frauen und der Familien in unserem Lande verbessert und für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Viele wissen nicht mehr, daß zum Beispiel das einkommensunabhängige Kindergeld vom ersten Kind an erst 1975 eingeführt worden ist.
- Wir haben den Raum für geistige und kulturelle Vielfalt erweitert und verteidigen diesen - auch unter Überwindung von Fehlern - gegen Intoleranz, Duckmäusertum und geistige Enge.

Allerdings: Nicht alles, was wir angestrebt haben, konnte im vergangenen Jahrzehnt verwirklicht werden. Es gab ökonomische und finanzielle Hindernisse. Es gab Grenzen in unserer Verfassung.

Es gab die Notwendigkeit zum Kompromiß in der Koalition. Und es gab Widerstände der Opposition: - vor allem durch ihre Mehrheit im Bundesrat.

Dennoch: Wir haben für die Menschen in Deutschland gute Arbeit geleistet. Viele Bürger haben daran mitgewirkt. Wir Sozialdemokraten sind stolz auf diese Leistung, die unter der Verantwortung der sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt möglich war. Damit sind wir gut gerüstet für die Herausforderungen der 80er Jahre.

(-/6.6.1980/v0-he/oa)

+

+

+



Die Unionsmannschaft ist nicht regierungsfähig

Zehn finanz- und wirtschaftspolitische Kostproben aus dem Wahlprogramm

Von Dieter Spöri MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß

Haupt- und Nebenrollen in der Unionsmannschaft sind also verteilt. Natürlich dankbarer Anlaß, personalpolitische Auslegungsspiele, wer warum unter sanftem Druck mit einer Hauptrolle "beglückt" oder sich aus taktischen Motiven bereits aus der Kernmannschaft des Himmelfahrtskommandos abgeseilt hat.

So beliebt derlei Spekulationen um Namen und Struktur einer solchen Mannschaft sind, so beschränkt ist ihre politische Aussagekraft. Entscheidender ist der programmatische Rahmen, den der Kandidat seinem Wahlkampftröß in Berlin genehmigt hat. Insbesondere die finanzpolitischen Holzschnitt-Thesen unter Ziffer 2.8 des Unionswahlprogramms haben größere Aufmerksamkeit verdient. Sie enthalten zehn wichtige Gründe für den Bürger, die vorgestellte Mannschaft nicht zu wählen.

1. Konjunktur- und beschäftigungspolitische Motive und Effekte der Kreditlinie der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren werden schlicht geleugnet. Die Denkmuster finanzpolitischer Unionsargumentation entsprechen dem nationalökonomischen Erkenntnisstand des 19. Jahrhunderts.
2. Im Steuerrecht will die Union "heimliche Steuererhöhungen" durch Tarifkorrekturen entschärfen - eine längst selbstverständliche Praxis sozialliberaler Steuerpolitik. Da der "durchgehend progressive Einkommensteuertarif" überraschenderweise nicht mehr gefordert wird, ist vielleicht zur Förderung des "Leistungswillens" gar ein degressiver Tarif in Vorbereitung?
3. Es soll nicht nur 1981 ein erster Kinderfreibetrag in die Einkommensteuer eingebaut werden. Der langfristige Ausbau dieses unsozialen Kinderfreibetrages im Steuerrecht ist die zentrale familienpolitische Zielsetzung der Union.
4. Die Investitionskraft der Betriebe soll wieder einmal durch eine Entlastung bei den ertragsunabhängigen Steuern gestärkt werden. Dabei kassieren völlig im Widerspruch zum sonstigen Mittelstandsgesäusele der Union nur große Unternehmen ohne irgendwelche Arbeitsplatzeffekte.
5. Gemeint, aber nicht genannt sind natürlich der Abbau der Vermögensteuer, insbesondere aber der Gewerbesteuer, über deren Wegfall schon lange die gesamte Gewerbesteuer gekippt werden soll. Das Finanzkonzept der Union bedroht damit nach wie vor den Kern kommunaler Finanzautonomie.
6. In klassisch poujadistischer Manier wird gegen die Abgabenquote agitiert, die den Bürger ausraube. Selbstverständlich bleiben dabei Nutzen und Finanzierungs-



notwendigkeit eines einmaligen Niveaus öffentlicher Leistungen und sozialer Absicherung völlig außer Betracht.

7. Natürlich werden Steuerlastquote und Sozialabgaben wieder in einen Topf geworfen, dadurch versteckt, daß die Steuerquote seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik konstant um 23 Prozent pendelt und natürlich nicht konkret gesagt, wie man die Sozialabgabenquote durch Leistungsabbau kappen will.
8. Die Bundesrepublik liegt gegenwärtig international in der wirtschaftspolitischen Erfolgsskala an der Spitze. Die Union dagegen - im Parlament unerschöpflich beim Einbringen ständig neuer bürokratischer Zusatzanträge für ihre Klientel - beklagt im Glistrup-Stil die Explosion staatlicher Aufgaben und die dadurch bedingte "Lähmung der Wirtschaft".
9. Auffallenderweise wird neuerdings der vor kurzem noch vehement deklamierte Subventionsabbau von der Union nicht mehr gefordert. Der unübersehbare Widerspruch zur eigenen parlamentarischen Praxis hat die subventionspolitischen Sonntagsjäger von CDU und CSU wohl kleinlaut gemacht.
10. Die finanzpolitische Einsicht, daß kreditfinanzierte Infrastrukturleistungen auch jüngeren Generationen zu Gute kommen und deshalb ihre finanzielle Beteiligung sinnvoll und gerecht ist, bleibt der Union zu Gunsten schwungvoller Polemik verschlossen.

Der finanz- und wirtschaftspolitische Handlungsrahmen der Unionsmannschaft stellt eine Wiedergeburt historisch längst fehlgeschlagener und mit Massenarbeitslosigkeit bezahlter Handlungsmuster dar.

Er ist mittelstandsfeindlich, gefährdet die finanzielle Basis unserer Gemeinden und setzt in äußerst primitiver poujadistischer Form beim Bürger auf ein Feindbild vom "Räuber Staat".

(~/6.6.1980/bgy/ca)



Europa ist mehr als ein Agrarmarkt

Präsident Giscard erschüttert das politische Fundament der Europäischen Gemeinschaft

Von Bruno Friedrich MdB/MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Der innenpolitische Steuerstreit um die Finanzierung des EG-Kompromisses von Brüssel darf nicht von den Ursachen der europäischen Krise ablenken. In ihrem gegenwärtigen Zustand kann die Europäische Gemeinschaft nicht mehr lange weiter existieren. Dies beweist vor allem die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Giscard, daß Frankreich einer Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft durch Portugal und Spanien nicht zustimmen könne.

Für die Süderweiterung gibt es zwei starke Argumente. Die Europäische Gemeinschaft ist eine offene Gemeinschaft, das heißt sie muß allen demokratischen, europäischen Staaten offen sein, die bereit sind auf der Grundlage der Römischen Verträge gleichberechtigt die Pflichten und Rechte eines Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft auf sich zu nehmen. Als Franco und Salazar noch Spanien und Portugal diktatorisch regierten, haben die demokratischen Staaten Europas beiden Ländern für den Fall ihrer Demokratisierung immer wieder die Aufnahme in die EG versprochen.

Erst die Süderweiterung wird der Europäischen Gemeinschaft den politischen Rang geben, den sie braucht, um sich gegenüber den Supermächten und den übrigen regionalen Zusammenschlüssen der Welt zu behaupten. Soll nun das große Ziel der europäischen Einigung einer schon heute nicht mehr fortführbaren Agrarpolitik geopfert werden?

Sicher, Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher hat durch einen rücksichtslosen harten Verhandlungsstil die akute Krise der Europäischen Gemeinschaft ausgelöst. Die Verhandlungsmethode der Briten darf aber nicht von den Ursachen der Krise ablenken. Hinter der Ankündigung Giscard's steht die französische Erkenntnis, daß ein Beitritt Spaniens und Portugals die Reform der gegenwärtigen Agrarpolitik erzwingen wird, denn die europäischen Staaten werden neben dem Butterberg und dem Milchsee kein Weinmeer, auch nicht riesige Tomatenhalden zu finanzieren vermögen. Frankreichs Weigerung zum Beitritt der Südländer ist identisch mit der Weigerung, die durch die Süderweiterung zwangsläufig notwendigen Agrarreformen einzuleiten.

Der französische Schritt wirft auch die Frage auf, ob die Europäische Gemeinschaft in ihrem gegenwärtigen Entscheidungsmechanismus noch lange existieren kann. Dies muß bezweifelt werden. Schon die EG der Neun ist mit dem Prinzip der Einstimmigkeit im Rat nur begrenzt handlungsfähig. Richtig ist, daß eine Süderweiterung die Rückkehr zur Mehrheitsentscheidung im Rat verlangt. Die Europäer können nicht zulassen, daß die augenblicklichen innenpolitischen Schwierigkeiten einzelner Regierungen die gesamte Gemeinschaft blockieren. Dies wäre das Ende einer europäischen Perspektive.

(-/6.6.1980/vo-he/ca)

+

+

+



Eine Chance für Europa
-----**Vitales Interesse an einem Großbritannien, das der EG angehört****Von Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt**

Nach jahrelangem Streit über die Frage eines gerechten britischen Beitrags an die Europäische Gemeinschaft haben die neun Regierungen jetzt dem Kompromißvorschlag der Außenminister vom 30. Mai 1980 zugestimmt.

Der Kompromißvorschlag konnte das zugrunde liegende Problem nicht lösen, wohl aber eine Chance für eine Lösung eröffnen. Der Streit entstand deshalb, weil Befürchtungen, die Großbritannien hinsichtlich seiner Belastungen schon während der Beitrittsverhandlungen ausgesprochen hatte, entgegen den Erwartungen der Gemeinschaft eingetreten waren. Der Finanzierungsschlüssel und das Übergewicht der Agrarkosten im Haushalt der Gemeinschaft brachten für Großbritannien schon 1979 eine Nettobelastung von 849 Millionen ERE (eine Rechnungseinheit sind 2,51 DM) oder 2.122 Milliarden DM (im Vergleich: Frankreichs Nettobeitrag 78 Millionen ERE und sogar Dänemarks Nettogewinn 380 Millionen ERE).

Im Jahre 1980 wäre der britische Beitrag auf 1.874 Millionen ERE gestiegen, im Jahre 1981 sogar auf 2.240 bis 2.320 Millionen ERE, während der deutsche Beitrag von 1979 1.430 Millionen ERE (oder 3.575 Milliarden DM) 1980 zunächst abgesunken wäre auf 1.192 Millionen ERE, um dann 1981 etwa 1.360 Millionen ERE zu erreichen. Frankreich wäre 1980 und 1981 knapp im Plus gewesen.

Eine Korrektur mußte also erfolgen. Mit diesem Ziel stoppte Großbritannien die Agrarpreistrunde 1980/81, der alle übrigen Regierungschefs mit durchschnittlich fünf Prozent Preissteigerungen bereits am 27./28. April 1980 in Luxemburg zugestimmt hatten. Die Bundesregierung hatte an sich eine etwas geringere Erhöhung im Auge, gab aber dann in Luxemburg angesichts der französischen Geldentwertungsrates den überzeugenden Argumenten Frankreichs nach. Auch in der Fischereifrage gab es angesichts des britischen Beitragsproblems in Luxemburg keine Fortschritte, und andere Entscheidungen drohten an demselben Problem zu scheitern.

Die Verhandlungsmethode Großbritanniens mag im Einzelfall zu kritisieren sein. In der Sache hätte keine Regierung dem begründeten innenpolitischen Druck auf eine Absenkung des Beitrags standhalten können. Im Gegenteil, die Verzögerung der Entscheidung in der Gemeinschaft hat bereits in Großbritannien zu gefährlichen Emotionen gegen Europa geführt. Die Bundesrepublik Deutschland aber hat ein vitales Interesse an einem Großbritannien, das zur Europäischen Gemeinschaft gehört und auch gehören will. Ein politisches Interesse, ein Verteidigungsinteresse, ein deutschlandpolitisches Interesse, aber auch ein wirtschaftliches Interesse.

Der in Brüssel erarbeitete Kompromißvorschlag belastet alle Mitgliedstaaten in der Gemeinschaft. Auch Großbritannien hat seine Ziele nur zum Teil durchsetzen können.

Mit einem gewissen Recht verwiesen die Briten immer auf ihre wirtschaftliche Leistungskraft und hatten zum Ziel, weniger als Frankreich zur Gemeinschaft beizutragen. Nach dem Ergebnis werden die Briten 1981 immer noch mehr als doppelt soviel wie Frankreich



an die Gemeinschaft leisten. Großbritannien zahlt auch mehr, als es in Luxemburg noch hätte zahlen müssen. Allein 1980 zwischen 175 und 250 Millionen DM. Diesen Betrag hat Frau Thatcher in Luxemburg aufgegeben.

Die Lastenverteilung unter den übrigen Mitgliedstaaten erfolgt nach einem Schlüssel derseit 1971 gilt. Die Bundesrepublik Deutschland als bevölkerungsstarkes und wirtschaftlich starkes Land trägt mit 2,5 Milliarden DM den größten Anteil. Aber auch Frankreich zahlt nahezu zwei Milliarden DM und Italien fast eine Milliarde DM.

Die Alternative zum Brüsseler Kompromißvorschlag war das Scheitern. Die Regierungschefs hatten festgestellt, der Europäische Rat werde sich mit dem Problem nicht mehr befassen. Die Agrarpreise hätten gemeinschaftlich nicht mehr entschieden werden können. Frankreich hatte für den Vormittag des 30. Mai seine nationalen Entscheidungen angekündigt. Das Auseinanderfallen der Gemeinschaft drohte.

Eine an der Beitragsfrage gescheiterte Gemeinschaft hätte das vordringliche Problem der Agrarreform nicht mehr anpacken können. Jetzt hat dagegen die Kommission einen Auftrag bekommen, Vorschläge bis zum 1. Juni 1981 zu unterbreiten. Hier liegt eine Aufgabe und eine Chance, die im europäischen Krach nicht hätte bewältigt werden können. Mit dem neugeschaffenen gegenseitigen Vertrauen gibt es jedoch diese Chance.

Ob Parteien und Regierungen auch die Kraft haben, die Chance einer Agrar- und Finanzreform in der Gemeinschaft zu ergreifen, wird die Zukunft erweisen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sollte möglichst bald konkrete, an einem Stufenplan orientierte Vorschläge machen, die schon in das Regierungsprogramm der nächsten Legislaturperiode eingebracht werden können. (-/6.6.1980/va-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

